

# INFOTICKER

Nr. 38 | 19.11.2010 Neuigkeiten aus dem Brandenburger Parlament

 [www.cdu-fraktion-brandenburg.de](http://www.cdu-fraktion-brandenburg.de)



**HAT DIE REGIERUNG ANGST VOR MITBESTIMMUNG?  
ROT-ROT VERBIETET DEM PARLAMENT BEI DER POLIZEISTRUKTUREREFORM DEN MUND.**

# WAS IST DAS FÜR EINE LANDESREGIERUNG?

## ROT-ROT VERBIETET DEM PARLAMENT BEI DER POLIZEISTRUKTUREREFORM DEN MUND



Im Brandenburger Parlament müssen die Abgeordneten um ihre Rechte kämpfen. Eigentlich sollte der Landtag bei der Reform der Polizeistruktur im Land Brandenburg mitentscheiden können. Es geht unter anderem um den Abbau von rund 1900 Personalstellen und die Schließung von möglicherweise mehr als der Hälfte der Brandenburger Polizeiwachen. Doch die rot-rote Landesregierung will sich nicht reinreden lassen.

### ROT-ROT WILL ALLEIN ENTSCHEIDEN

Das Parlament soll zwar über den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Polizeistrukturreform „Polizei 2020“ abstimmen dürfen – er regelt die oberste Organisationsstufe der Polizei – aber über weitere Maßnahmen will die

rot-rote Landesregierung lieber allein entscheiden. Die Einrichtung von vier Polizeidirektionen, die im Wesentlichen die Aufgaben der Schutzbereiche sowie die der Außenstellen des Landeskriminalamtes übernehmen sollen, und die Reduzierung der Zahl der Polizeiwachen – das alles will Rot-Rot unter Ausschluss der Öffentlichkeit planen.

„So nicht!“, sagten sich die Abgeordneten unserer Fraktion und brachten gemeinsam mit den anderen Oppositionsfraktionen den [Antrag „Der Landtag muss bei der Polizeistrukturreform mitentscheiden!“](#) ein. Mit diesem sollte die Landesregierung gezwungen werden, dem Parlament im Sommer 2011 ein überarbeitetes Konzept zu den wesentlichen Strukturen der Polizei vorzulegen. Das neue Konzept sollte nicht nur die

“ WIR BRAUCHEN DIE DISKUSSION HIER IM PARLAMENT, NICHT IN DEN HINTERZIMMERN DER MACHT.  
SVEN PETKE, INNENPOLITISCHER SPRECHER (CDU)

Organisationsstruktur auf allen Ebenen einschließen, sondern auch Fragen zur Zukunft der Fachhochschule der Polizei, dem Zentraldienst der Polizei, der Anzahl der Landeseinsatzeinheiten und der Existenz eines Landespolizeiorchesters beantworten.

In dem Konzept sollte die Landesregierung außerdem begründen, wieviele und welche Wachenstandorte mit Rund-um-die-Uhr-Besetzung, Wach- und Wechseldienst sowie Kriminalpolizei erhalten bleiben.

Außerdem sollten aus den Innenausschusssitzungen die Stellungnahmen der Kommunalvertreter einbezogen werden.

### REGIERUNG TRITT PARLAMENT MIT FÜSSEN

Wieder einmal zeigte sich die Verweigerungspolitik des rot-roten Blocks überdeutlich: Abgeordnete von SPD und DIE LINKE lehnten unseren Antrag ab. Die Regierung, sagte unser Abgeordneter Petke, trete die Rechte des Parlaments mit den Füßen, wenn sie es nicht mitentscheiden lasse. cs

**Jetzt ansehen!**

Die Reden unserer Abgeordneten zu den verschiedenen Fraktionsanträgen. Alle Beiträge auf

» [www.rbb-online.de](http://www.rbb-online.de)



Unsere Fraktionsvorsitzende **Dr. Saskia Ludwig** spricht über ein Jahr Rot-Rot als verschenkte Zeit. „Die Brandenburger sind nicht dumm.“

» ansehen



Unser innenpolitischer Sprecher **Sven Petke** spricht zu unserem Antrag gegen die Blaulichtsteuer in Brandenburg, den Rot-Rot ablehnte.

» ansehen



Unser finanzpolitischer Sprecher **Ludwig Burkardt** argumentierte in seiner Rede für ein Transparenzgesetz. Auch das lehnte die rot-rote Mehrheit im Landtag ab.

» ansehen



Ingo Senftleben vs. Innenminister: Unser Parlamentarischer Geschäftsführer **Ingo Senftleben** redet Klar-text zur Polizeireform. (Beitrag ab Min. 9)

» ansehen



Unsere sozialpolitische Sprecherin **Beate Blechinger** setzte sich im Parlament für eine Stärkung der Altenpflegeausbildung in Brandenburg ein.

» ansehen

**BLOCKADE STATT TRANSPARENZ FÜR DEN BÜRGER**

**ROT-ROT LEHNT GESETZLICH VERANKERTE OFFENLEGUNG VON CHEFGEHÄLTERN AB**

Wie viel verdienen die Chefs öffentlicher Unternehmen in Brandenburg? Chefs von Stadtwerken, Sparkassen, Sozialträgern, Straßenbahnbetrieben, Landesbank-Chefs: Sie allen werden vom Steuergeld der Bürger bezahlt. Was in anderen Bundesländern üblich ist, wollte die CDU-Fraktion nun per Gesetz in Brandenburg einführen: Öffentliche Unternehmen sollen die Gehälter ihrer Chefs und Aufsichtsorgane offenlegen. Doch obwohl die rot-rote Koalition im Grunde unserer Fraktion zustimmt – SPD-Mann Mike Bischoff: „Bei der Transparenz der öffentlichen Unternehmen sind wir eng beieinander. Wer für die öffentliche Hand arbeitet muss sich Transparenz gefallen lassen.“ – lehnte sie den **CDU-Gesetzesentwurf** im Parlament ab. Nicht einmal im Haushalts- und Finanzausschuss wollte sie darüber diskutieren.

Als „fadenscheinig und vorgeschoben“ hat unser finanzpolitischer Sprecher **Ludwig Burkardt** die Ablehnung des Transparenzgesetzes durch die rot-rote Koalition bezeichnet.

Aus seiner Sicht spräche es Bände, dass Rot-Rot nicht einmal für eine Überweisung des Entwurfes in den Ausschuss votierte.

„Deutlicher kann die Platzack-Koalition nicht zeigen, dass sie kein Interesse an Transparenz und Bürgernähe hat“, sagte **Burkardt** nach der Abstimmung im Parlament.

Für ihn sei es nicht nachvollziehbar, so der CDU-Finanzexperte, warum sich die rot-rote Koalition mit Händen und Füßen gegen eine verbindliche Rechtsvorschrift zur individualisierten Veröffentlichung der Bezüge der Mitglieder der Geschäftsführungsorgane und Aufsichtsgremien von Landes- und kommunalen Unternehmen wehre. cs

**ROT-ROT LEHNT ANTRAG ZUR STÄRKUNG DER ALTENPFLEGEAUSBILDUNG AB**

Bereits in fünf Jahren werden in Brandenburg und Berlin rund 18 Prozent des benötigten Fachkräftepersonals im Bereich der Pflege fehlen. Bundesweit sollen es in zehn Jahren rund 300 000 Pflegekräfte sein. Grund genug, bei der Altenpflegeausbildung in Brandenburg voraus zu denken. Unter anderem muss geregelt werden, wie die Ausbildungskosten der Betriebe gerecht verteilt werden können, damit

auch in der Zukunft eine angemessene Zahl an Ausbildungsstellen im Pflegebereich gewährleistet bleibt. Eine Umlagefinanzierung für die Ausbildungskosten durch alle Betriebe analog der Krankenpflegeausbildung wäre hier denkbar. Mit dem gemeinsamen **Antrag von CDU und Bündnis90/Grüne** sollte die Landesregierung aufgefordert werden, die Möglichkeit einer Ausbildungsumlage

*Fortsetzung Seite 4*

Fortsetzung von Seite 3

für alle Betriebe im Altenpflegebereich zu prüfen. Sie sollte danach über ihre Prüfergebnisse im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie berichten. Eben in diesem Landtagausschuss hatten sich angehörte Experten, von der Gewerkschaft bis zur Vertreterin des Bundesverbandes Privater Anbieter sozialer Dienste, einheitlich für ein mögliches Umlageverfahren zur Refinanzierung der praktischen Ausbildung im Altenpflegebereich ausgesprochen.

Doch Rot-Rot setzte seine Blockadepolitik fort, lehnte eine mögliche Prüfung ab. „Es muss ein Mangel an Ausbildungsplätzen drohen, oder ein solcher beseitigt werden. Das ist der Punkt, wie er im Gesetz steht. Wir haben diesen Ausbildungsnotstand in Brandenburg eben gerade nicht“, begründete der Minister für Arbeit, Soziales, Frauen und

Familie Günter Baaske seine Ablehnung des Oppositionsantrages. Noch deutlicher kann man an der Realität im Land Brandenburg nicht vorbei regieren.

„Nach der Ablehnung des Ärztetendiums durch die rot-rote Koalition ist dies ein erneuter schwerer Schlag für die medizinische Versorgung insbesondere im ländlichen Raum. Dass SPD und Linke keine eigenen Ideen

haben, damit könnten die Bürger ja noch leben. Dass aber konstruktive Vorschläge der Opposition aus Prinzip und gegen den ausdrücklichen Rat von Experten abgelehnt werden, ist nicht hinnehmbar.

Die Leidtragenden sind am Ende die Pflegebedürftigen und das noch vorhandene Pflegepersonal“, ist sich Björn Lakenmacher, CDU-Fraktionssprecher für den ländlichen Raum und Demografie, sicher. cs

“ WIR HABEN DIESEN AUSBILDUNGSNOTSTAND IN BRANDENBURG NICHT. GÜNTER BAASKE (SPD), BRANDENBURGS MINISTER FÜR ARBEIT, SOZIALES, FRAUEN UND FAMILIE



Rot-Rot lehnte die Prüfung einer Ausbildungsumlage im Altenpflegebereich ab.

## MEHR QUALITÄT AN BRANDENBURGER SCHULEN ABGELEHNT

Lehrer, die sich auf eine Stelle als Schulleiter oder Stellvertreter bewerben, sollen neben ihrer Fachqualifikation als Lehrkraft auch Schulmanagementkenntnisse nachweisen müssen. Das forderte unsere CDU-Fraktion mit einem entsprechenden Antrag im Parlament.

### ANGEHENDE SCHULLEITER MÜSSEN BEI BEWERBUNG QUALIFIZIERUNG VORWEISEN

„In Brandenburg werden Schulleiter und Stellvertreter zum Thema Schulmanagement in der Regel nachqualifiziert, wenn sie diese Funktion bereits ausüben. Aus unserer Sicht muss diese Praxis geändert werden“, begründete unser bildungspolitischer Sprecher Gordon Hoffmann den Antrag. Das Land sei in der Pflicht, nicht nur Lehrer bereit zu stellen und Rahmenlehrpläne vorzugeben, sondern auch für ein auf Qualität ausgerichtetes Personal- und Qualitätsmanagement an den Schulen zu sorgen.

### VERBESSERUNG DES SCHULKLIMAS

„Es trägt dazu bei, die Motivation der Lehrkräfte zu steigern, Frustrationspotenziale zu minimieren und das Schulklima und damit auch die Lernbedingungen für unsere Schüler nachhaltig zu verbessern“, begründete Gordon Hoffmann den Antrag. Entsprechende Projekte hatten dies auch gezeigt. Doch wer glaubt, dass sich in diesem Ziel alle Parteien in Brandenburg einig sind, der irrt. Auch diesen Antrag lehnte die rot-rote Mehrheit ab. cs

## KOMMT DIE BLAULICHTSTEUER DOCH?

Keine Blaulichtsteuer in Brandenburg – so hatte es SPD-Innenminister Dietmar Woidke vor Kurzem erklärt und damit seinen eigenen Vorschlag auf Druck der Opposition zurück gezogen. Woidke hatte darüber nachgedacht, eine Abgabe für Polizeieinsätze einzuführen. Bürger sollten zur Kasse gebeten werden, wenn sie die



Gesetzeshüter beispielsweise bei einem leichten Verkehrsunfall mit Blechschaden hinzu rufen.

Die CDU-Fraktion hatte diesen Plan entschieden abgelehnt. Doch auf eine endgültige Abkehr von der Blaulichtsteuer wollte die rot-rote Landesregierung nun doch nicht verzichten. Unseren **Antrag „Keine Strafsteuer für Polizeieinsätze“** lehnte sie ab. cs

### Bürgerbüro

In unserem Bürgerbüro sind wir montags bis freitags von 10 bis 16 Uhr für Sie da, individuelle Terminvereinbarungen sind möglich.

CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg  
Am Havelblick 8  
14473 Potsdam

Tel.: 0331 / 966 14 50  
Fax: 0331 / 966 14 07

pressestelle@cdu-fraktion.brandenburg.de  
www.cdu-fraktion-brandenburg.de

### UNTERSCHRIFTEN ÜBERGEBEN



Rund 1000 gesammelte Unterschriften für den Erhalt der Polizeiwachen in Calau und Lübbenau überreichte unsere Abgeordnete Roswitha Schier kürzlich Innenminister Dietmar Woidke im Landtag.

### KURZ & KNAPP

#### OPFERN GEDACHT



Gemeinsam haben CDU-Abgeordnete und Gemeindevertreter am Volkstrauertag der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft gedacht. In Bestensee legte unser Abgeordneter Björn Lakenmacher (2.v.l.) einen Kranz nieder.

#### NÄRRISCHES LUDWIGSFELDE



Ein närrischer Karnevalsumzug fand am vergangenen Samstag in Ludwigsfelde statt. Gemeinsam mit den Mitgliedern des Seniorenclubs „Kaffeeklatsch“ mischte sich unser Abgeordneter Danny Eichelbaum unter das närrische Volk. Die Senioren hatten außerdem einen eigenen Festwagen für die Parade gestaltet.

#### IMPRESSUM

Redaktion INFOTICKER  
CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg  
Pressestelle  
Am Havelblick 8  
14473 Potsdam

V.i.S.d.P.: Patrick Schweitzer  
Layout & Text: CDU-Fraktion  
Fotos: Fraktion, pixelio.de

pressestelle@cdu-fraktion.brandenburg.de